

Staatsbesuch von Syriens Übergangspräsident Ahmed Al-Sharaa in Berlin

Syrien braucht politische Teilhabe, nicht Abschieberhetorik

Anlässlich des Staatsbesuchs von Syriens Übergangspräsident Ahmed Al-Sharaa fordert die Menschenrechtsorganisation Adopt a Revolution die Bundesregierung auf, sich nicht von polarisierenden Abschiebungsdebatten treiben zu lassen. Statt Rückführungen politisch vorzubereiten, müsse Deutschland konstruktiv und entschieden auf die Umsetzung der Menschenrechte für alle gesellschaftlichen Gruppen, einen inklusiven politischen Übergang und verbindliche demokratische Schritte in Syrien drängen.

Leipzig, 15. Januar 2026 – Am kommenden Montag empfängt Bundeskanzler Friedrich Merz den syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al Sharaa in Berlin. Nach Angaben der Bundesregierung soll es bei dem Besuch vor allem um die Vorbereitung von Rückführungen syrischer Geflüchteter gehen, einschließlich der dafür notwendigen administrativen Zusammenarbeit.

„Die aktuelle Debatte ist stark polarisiert und verengt den Blick auf Abschiebungen“, erklärt Svenja Borgschulte, Pressesprecherin von Adopt a Revolution. „Das wird weder der Lage in Syrien gerecht noch den Menschen, die auch heute immer wieder vor Gewalt und Verfolgung fliehen müssen. Die Bundesregierung muss diesen Moment nutzen, um entschlossen für die Umsetzung der Menschenrechte für alle gesellschaftlichen Gruppen einzutreten.“

Abschiebungsrhetorik verschärft Unsicherheit

Ein tragfähiger politischer Übergang in Syrien ist bislang nicht eingeleitet. Zentrale Voraussetzungen für ein demokratisches Gemeinwesen fehlen weiterhin. Gesellschaftliche Gruppen sind nicht systematisch in politische Prozesse eingebunden, es liegt keine neue Verfassung vor und mehr als drei Monate nach den indirekten Parlamentswahlen ist dieses nicht arbeitsfähig, weil al-Sharaa das letzte Drittel der Mitglieder nicht ernannt hat.

Syrien ist weiterhin geprägt von schwachen institutionellen Strukturen, massiven Schutzlücken und weitgehend zerstörter Infrastruktur. Lokale militärische Eskalationen, gezielte Gewalt gegen Zivilist*innen sowie schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen kommen weiterhin vor. Die jüngste militärische Eskalation in Aleppo in der vergangenen Woche hat erneut gezeigt, wie fragil die Sicherheitslage im Land bleibt. In vielen Regionen fehlen funktionierende staatliche Strukturen, verlässlicher Schutz für die Zivilbevölkerung und grundlegende öffentliche Dienstleistungen. Rückkehrende treffen vielerorts nicht auf Sicherheit, sondern auf soziale Not, rechtliche Unsicherheit und fehlende Perspektiven.

Vor diesem Hintergrund warnt Adopt a Revolution davor, Syrien als Land darzustellen, in dem Rückführungen verantwortbar wären. „Wer über Rückkehr spricht, muss zuvor die

politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen“, betont Borgschulte. „Dazu gehören der Schutz aller gesellschaftlichen Gruppen, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, der Wiederaufbau grundlegender Infrastruktur und die konsequente Unterstützung eines verbindlichen politischen Übergangsprozesses.“

Adopt a Revolution fordert die Bundesregierung auf,

- **politische, diplomatische und finanzielle Unterstützung an klare Bedingungen zu knüpfen** und darauf zu bestehen, dass alle syrischen gesellschaftlichen Gruppen systematisch in politische Prozesse einbezogen werden,
- **jede Form deutscher Unterstützung davon abhängig zu machen**, dass der nationale Dialogprozess wieder aufgenommen und aktiv vorangetrieben wird,
- **zur Voraussetzung für weitere Zusammenarbeit zu machen**, dass mit der Ausarbeitung einer neuen syrischen Verfassung begonnen wird,
- **politisch darauf hinzuwirken**, dass in Syrien der Übergang von ernannten politischen Gremien zu einem demokratisch gewählten Parlament erfolgt,
- **Unterstützung und Hilfe nur unter der Bedingung zu leisten**, dass der Schutz und die Gleichberechtigung von Frauen sowie aller Minderheiten gewährleistet werden und Menschenrechte für alle Bevölkerungsgruppen verbindlich umgesetzt werden,
- **Hilfe und politische Kooperation daran zu binden**, dass militärische Einsätze ausschließlich der Verteidigung dienen und Konflikte durch diplomatische Verhandlungen gelöst werden,
- **unabhängige syrische zivilgesellschaftliche Akteur*innen gezielt zu unterstützen** und Partnerschaften mit ihnen als zentralen Bestandteil von Wiederaufbau und Stabilisierung zu verankern,
- **Abschiebungen nach Syrien auszusetzen**, solange grundlegende Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und politische Teilhabe nicht gewährleistet sind.

„Jetzt ist politisches Handeln gefragt. Friedrich Merz und Ahmed al Sharaa stehen gemeinsam in der Verantwortung, die Zukunft Syriens an Menschenrechten und politischer Teilhabe auszurichten“, betont Borgschulte.

Ansprechpartnerin:

Svenja Borgschulte
borgschulte@adoptrevolution.org
0163-78 43 912

Über Adopt a Revolution

Adopt a Revolution unterstützt seit Anfang 2012 die Arbeit der syrischen Zivilgesellschaft und vermittelt hierzulande Informationen aus der syrischen Demokratiebewegung. Unter <https://adoptrevolution.org/> stellt die Menschenrechtsorganisation aktuelle Entwicklungen aus der syrischen Zivilgesellschaft dar. Zivile Initiativen in Syrien hat Adopt a Revolution bisher mit über zwei Millionen Euro aus Kleinspenden finanziell unterstützt.